



Bericht aus **Berlin**

Gunther Krichbaum 

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freunde,

am letzten Wochenende fand in Stuttgart der **CDU-Bundesparteitag** statt, bei dem der gesamte Bundesvorstand neu gewählt wurde. Ohne jeden Zweifel wurde Friedrich Merz durch sein hervorragendes Wahlergebnis als CDU-Vorsitzender und Bundeskanzler gestärkt. Das ist auch für das Klima in der Koalition von Bedeutung, denn wir sind nun einmal gemeinsam zum Erfolg verdammt. „Verantwortung verpflichtet“ – das war das Motto des Parteitages. Verantwortung ist nicht bequem, ganz im Gegenteil und Friedrich Merz hat deutlich gemacht, dass sich die CDU dieser Verantwortung stellt und auch bereit ist, im Interesse des Landes Kompromisse mit dem Koalitionspartner einzugehen. Gerade in diesen schwierigen Zeiten war das daher ein wichtiges Signal, auch an unsere europäischen Partner. Deutschland wird der Fels in der Brandung bleiben.

Und Friedrich Merz hat erneut deutlich gemacht, dass die **Überwindung der Wachstumsschwäche** und der Erhalt unserer industriellen Basis im Mittelpunkt seiner Politik steht. Das ist auch im laufenden Landtagswahlkampf ein wichtiges Thema, denn es geht um gut bezahlte Jobs und Zukunftschancen – gerade für die junge Generation.

Aus Berlin kam in dieser Woche eine Nachricht, auf die viele im Land gewartet haben: **Das Heizungsgesetz von Robert Habeck wird abgeschafft!** Mit dem neuen Gebäudeenergiegesetz setzen wir ein zentrales Wahlkampfvorhaben von CDU und CSU um. Wir machen Schluss mit Bevormundung und Gängelung. Jeder kann künftig wieder frei entscheiden, wie das Haus oder die Wohnung geheizt werden sollen, der Staat hat im Heizungskeller nichts zu suchen.

Wie immer wünsche ich Ihnen viel Spaß bei der Lektüre meines Newsletters und ein schönes Wochenende.

Gunther Krichbaum

Abonnieren Sie hier meinen neuen Newsletter

Bislang wurde dieser Newsletter dankenswerterweise von der CDU-Kreisgeschäftsstelle verschickt. Um Sie direkt mit Informationen zu aktuellen Themen versorgen zu können, möchte ich Sie bitten, sich hier anzumelden, um meinen Newsletter zu abonnieren.

Zudem erreichen Sie mich selbstverständlich auch weiterhin in meinen Büros in Pforzheim und Berlin:

Wahlkreisbüro Pforzheim:

Telefon: 07231-140061

Email: gunther.krichbaum.wk@bundestag.de

Bundestagsbüro Berlin:

Telefon: 030-227 70371

Email: gunther.krichbaum@bundestag.de

Email: gunther.krichbaum@bundestag.de

Sie wollen nicht auf den Newsletter warten, sondern tagesaktuell dabei sein?
Dann folgen Sie mir auf:



Wahlvorhaben umgesetzt

Heizungsgesetz wird abgeschafft!



Wie kaum ein Gesetz zuvor hatte das Heizungsgesetz von Robert Habeck die Menschen verunsichert. Bei Eigentümer und Mietern wurden Ängste vor massiv steigenden Kosten und Existenzsorgen geschürt. Das Heizungsgesetz hatte die politische Stimmung im Land vergiftet, unsere Gesellschaft gespalten und vor allem auch der Akzeptanz für den Klimaschutz massiv geschadet.



Klimaschutz massiv geschadet.

Dieses schlechte Gesetz ist bald

Geschichte. Das Heizungsgesetz wird abgeschafft. Damit setzen wir als CDU und CSU ein zentrales Vorhaben aus unserem Wahlprogramm um. Der Heizungskeller wird wieder Privatsache, ohne staatliche Bevormundung. Wir streichen die starre 65%-Regel und **jeder Eigentümer kann wieder selbst entscheiden, welche Heizung eingebaut wird.** Damit schützen wir Eigentümer von Einfamilienhäusern vor wirtschaftlicher Überforderung und sorgen dafür, dass Mieten bezahlbar bleiben. Auch die Zwangsberatung zur Heizungsart schaffen wir ab.

Das neue Gebäudemodernisierungsgesetz ist keine Abkehr vom Klimaschutz. Wir stehen zu unseren Klimazielen und gerade im Gebäudebestand bestehen erhebliche Einsparpotentiale. Aber wir tun dies nicht mit Gängelung und Zwang, sondern mit Anreizen, Technologieoffenheit und Augenmaß. Ein wichtiges Instrument bleibt die Förderung zum Austausch von alten Heizungen, um den Heizungsbestand rasch zu modernisieren.

Ein Aspekt ist mir besonders wichtig: Die Koalition hat sich ganz im Gegensatz zur Arbeitsweise der Ampel schnell und ohne monatelangen öffentlichen Streit auf die grundlegende Überarbeitung des Heizungsgesetzes geeinigt. Die Menschen wollen nicht, dass sich eine Regierung streitet, sie wollen, dass eine Regierung liefert. Das haben wir diese Woche getan.

Aktionsplan gegen organisierte Kriminalität

Am Mittwoch hat das Bundeskabinett einen Gemeinsamen Aktionsplan gegen Organisierte Kriminalität beschlossen. Dieser Plan ist eine massive Kampfansage gegen die organisierte Kriminalität, denn beispielsweise werden sowohl dem **Bundeskriminalamt als auch dem Zoll bisherige Beschränkungen beim gegenseitigen Datenaustausch endlich genommen.** Damit werden BKA und der Zoll regelrecht entfesselt.



Unser Ziel ist ganz klar: es muss ungemütlich werden für kriminelle Strukturen! Hierfür müssen wir grundlegend umdenken und Maßnahmen ergreifen, die den Strukturen richtig weh tun. Mit zögerlichem Kleinklein in einzelnen Ressorts ist diesem Phänomen nicht beizukommen. Dafür braucht es eine enge Zusammenarbeit und deutliche Kraftanstrengung - national und international. Dabei geht es um Aufklärung mit allen Mitteln

und auf allen Ebenen. Wir müssen illegalen Finanzströmen, Geldwäsche, Menschenhandel und dem internationalen Rauschgifthandel den Kampf ansagen. Nur so können wir diese Strukturen zerschlagen, die unsere innere Sicherheit auf stille, aber hochgefährliche Weise unterlaufen. Besonders weh tut es Kriminellen, wenn der Staat an ihr Geld geht. Daher vereinfachen und stärken wir die Regelungen zur Einziehung krimineller Vermögenswerte und schaffen neue Regelungen für administrative Ermittlungen und Sicherstellung von Vermögen unklarer Herkunft. Auch die Einziehungsmöglichkeiten im Strafverfahren werden optimiert.

Hier finden Sie den Aktionsplan gegen Organisierte Kriminalität.

Aktuelle Stunde der Koalitionsfraktionen „Verwandtenbeschäftigung bei AfD-Abgeordneten“



Der Bundestag hat gestern über die Verwandtenaffäre der AfD diskutiert. Einmal mehr zeigt sich: Die AfD handelt gegen die Interessen unseres Landes. Die bekannt gewordene, offensichtlich **systematisch angelegte Beschäftigung und Scheinbeschäftigung von Familienangehörigen von AfD-Abgeordneten durch andere AfD-Abgeordnete** zeigt, was für ein Selbstbedienungsladen diese Partei ist.

Die Spitze der AfD ist dafür verantwortlich, in ihren Fraktionen im Bund und in den Ländern aufzuräumen. Der Vorgang offenbart ein bislang in den Parlamenten nicht für möglich gehaltenes Ausmaß an Skrupellosigkeit im Umgang mit den Beschäftigungsverhältnissen von Abgeordneten. Der Bundestag hat schon lange Regelungen, um beispielsweise die Beschäftigung von Ehepartnern auszuschließen. Wir sind mit dem Koalitionspartner im Gespräch, diese Regeln zu überprüfen und ggf. zu verschärfen. Dabei ist klar: Der Missbrauch von Steuergeldern muss wirksam bekämpft werden.

Kein Aufenthaltsrecht durch Scheinvaterschaft



In dieser Woche haben die Beratungen zu



einem Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft begonnen. Diese missbräuchlichen Anerkennungen der Vaterschaft haben sich leider zu einem Geschäftsmodell entwickelt: **Meist mittellose Männer mit deutscher Staatsangehörigkeit erkennen gegen Bezahlung die Vaterschaft für ein**

ausländisches Kind an, ohne die Mutter überhaupt je getroffen zu haben.

Durch die Vaterschaft erwirbt das Kind den Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit und in der Folge erhält dann die Mutter mittels Familiennachzug ein Aufenthaltsrecht in Deutschland. In der Regel beziehen Mutter und Kind anschließend Sozialleistungen.

Mit dem Gesetzesentwurf schließen wir eine gesetzliche Lücke für ein weiteres Einfallstor für illegale Migration. **Künftig ist eine zwingend notwendige Zustimmung der Ausländerbehörde zur Anerkennung der Vaterschaft erforderlich, wenn es ein „aufenthaltsrechtliches Gefälle“ gibt.** Das bedeutet, dass der Scheinvater einen deutschen Pass, die Frau der Kinder aber beispielsweise nur eine Duldung besitzt. Ohne die Ausländerbehörde wird die Anerkennung der Vaterschaft dann nicht wirksam. Bei ihrer Entscheidung orientiert sich die Ausländerbehörde an gesetzlich vorgesehenen Vermutungstatbeständen. Diese orientieren sich dabei an Erfahrungswerten aus der behördlichen Praxis.

Wieder Ordnung im Asylsystem – wir setzen GEAS um

In dieser Woche wurde die nationale Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) im Bundestag beschlossen. Damit haben wir die **rechtliche Grundlage für ein besser funktionierendes Asylsystem in Deutschland gelegt.** Mit den Neuregelungen werden Zuständigkeiten verbindlich geregelt, Verfahren gestrafft und Rückführungen wirksamer durchgesetzt. Klare Entscheidungen –



frühzeitig und konsequent an der Außengrenze – das schützt die wirklich Schutzbedürftigen und begrenzt irreguläre Migration. Wer in einem anderen EU-Staat registriert ist, hat keinen Anspruch auf ein zweites Verfahren in Deutschland. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, **Arbeitsverbote für Asylbewerber in Aufnahmeeinrichtungen auf maximal drei Monate zu reduzieren.** Auch das setzen wir um. Das gilt nicht für

Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten, „Dublin“-Fälle, bei denen ein anderer EU-Staat für den Asylsuchenden zuständig ist, oder Personen, die das Asylrecht offenkundig missbrauchen. Wer sich künftig der Rücküberstellung entziehen will, muss damit rechnen, in Gewahrsam genommen zu werden. Der Rechtsstaat darf sich nicht austricksen lassen. Auch dafür schaffen wir jetzt die gesetzliche Grundlage. Nur wenn Regeln gelten und durchgesetzt werden, bleibt die Akzeptanz in der Bevölkerung erhalten. Das GEAS-Umsetzungsgesetz ist der entscheidende Schritt, um diese Ordnung endlich wiederherzustellen.

Social Wall



Auf dem 38. CDU-Bundesparteitag mit unserem Spitzenkandidaten Manuel Hagel! 🚀

Copyright Gunther Krichbaum MdB, 2025. All rights reserved.
Titelfoto: T. Koch; H. Sonbol.

E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de

Homepage: www.gunther-krichbaum.de

Sie wollen keine E-Mail mehr erhalten? Dann melden Sie sich [hier](#) bitte ab.